

Deutsch-Ungarisches Forum 23. Jahrestagung



Magyar-Német Fórum 23. éves közgyűlése

TAGUNGSBERICHT

INSTITUT FÜR EUROPÄISCHE POLITIK

28. / 29.11.2013



Auswärtiges Amt



BOTSCHAFT
VON
UNGARN

Deutsch-Ungarisches Forum

23. Jahrestagung

Am 28. und 29. November fand die 23. Jahrestagung des Deutsch-Ungarischen Forums im Europasaal des Auswärtigen Amtes in Berlin statt. In diesem Rahmen tagte auch zum dritten Mal das Junge Deutsch-Ungarische Forum in den Räumlichkeiten der Ungarischen Botschaft, Berlin. An der diesjährigen Veranstaltung nahmen rund 200 Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft teil. Das Institut für Europäische Politik (IEP) organisierte die Jahrestagung in Zusammenarbeit mit der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer (DUIHK).

Eröffnungsplenum mit Grußworten seitens der deutschen und ungarischen Regierungen zu aktuellen Fragen der Europapolitik

Zu Beginn der 23. Jahrestagung des Deutsch-Ungarischen Forums begrüßten Prof. Dr. Peter Balázs, Ko-Präsident des Deutsch-Ungarischen Forums, ehemaliger Außenminister von Ungarn und Vizepräsident des Ungarischen Rates der Europäischen Bewegung, sowie Prof. Dr. Mathias Jopp, Direktor des Instituts für Europäische Politik, die Teilnehmer und stellten den Grußworten seitens der deutschen und ungarischen Regierungen zu aktuellen Fragen der Europapolitik kurze Eingangsstatements voran, um in die Veranstaltung einzuführen.



Die engen Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn wurden hervorgehoben, welche ihren besonderen Ausdruck u.a. in der Deutschen Schule Budapest, der Andrassy Universität aber auch in den starken wirtschaftlichen Beziehungen, die beide Länder miteinander pflegen, fänden. So sei Deutschland in 2012 mit einem Anteil von 24 Prozent

mit Abstand der größte Direktinvestor in Ungarn gewesen und rund ein Viertel des ungarischen Außenhandels sei im selben Jahr mit Deutschland abgewickelt worden. Im deutschen Wahljahr 2013 und in Anbetracht der ungarischen Parlamentswahlen in 2014 sei ein kritischer und vor allem konstruktiver Dialog über die Herausforderungen beider Länder in Europa besonders wichtig. Hierfür biete das Deutsch-Ungarische Forum einen optimalen Rahmen. Im Hinblick auf die schwierige europäische Gesamtlage, welche zurzeit von Herausforderungen

im Eurozone und einer grassierenden Jugendarbeitslosigkeit geprägt sei, beschäftige sich die Arbeitsgruppe I mit den Themen Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und duale Ausbildung aus einer deutschen und ungarischen Perspektive heraus. Dabei sei auch zu diskutieren, dass die verbesserte wirtschaftliche Lage in Spanien, Portugal und Irland Hoffnung auf eine baldige Verbesserung der europäischen Gesamtlage böten. Vor dem Hintergrund des zeitgleich stattfindenden Gipfels der Östlichen Partnerschaft in Vilnius sei das Thema der Arbeitsgruppe II besonders wichtig. Diese Gruppe thematisiert die Schlüsselfunktion, die regionale Partnerschaften wie zum Beispiel das Weimarer Dreieck, die Visegrád-Gruppe oder europäische Partnerschaftsabkommen für die Zukunft der Europäischen Union (EU) spielen können. Die Arbeitsgruppe III werde schließlich die Jugend Europas thematisieren und aktiv mit einbinden. Im Rahmen des „Jungen Deutsch-Ungarischen Forums“ seien junge Interessierte eingeladen, über Jugendarbeitslosigkeit, den Mehrwert Europas, die Europäische Nachbarschaftspolitik sowie die informationelle Selbstbestimmung zu diskutieren.

Grußworte seitens der deutschen und ungarischen Regierungen zu aktuellen Fragen der Europapolitik

Dr. Peter Schoof, Beauftragter für Grundsatzfragen der Beziehungen zu den EU-Mitgliedstaaten im Auswärtigen Amt, richtete dem Plenum die Grüße und die Wertschätzung von Bundesminister Westerwelle aus. Er unterstrich die Bedeutung des Forums als wichtiges Instrument der bilateralen Beziehungen sowie als zivilgesellschaftliche Plattform des freien und offenen Austauschs. Zudem hob er die hervorragenden und historischen Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn hervor. Bei dem Mauerfall vor 25 Jahren spielte Ungarn durch den Abbau seiner Grenzanlagen zu Österreich ab Mai 1989 eine sehr wichtige Rolle.

Dr. Schoof ordnet regionalen Kooperationen eine sehr hohe Relevanz für die europäische Integration zu. Er verdeutlichte, dass Initiativen wie die Visegrád-Gruppe nicht nur der Verfolgung von Partikularinteressen dienten und daher den europäischen Integrationsprozess keinesfalls behindern würden. Im Gegenteil seien solche Kooperationen als ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer verstärkten Integration innerhalb der EU zu betrachten und daher durchaus zu befürworten. Sie bauten die Kohärenz innerhalb der Union aus und führten zu effektiven Arbeitsweisen.

Hinsichtlich der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise stellte Dr. Schoof fest, dass die EU zwar auf einem guten Wege sei, dass die Krise jedoch trotz positiver Trends noch nicht überwunden sei. Zur dauerhaften Stabilisierung müssten die Defizite an der Wurzel gepackt

werden. Dabei sei es besonders wichtig, dass die Eurozone weiterhin in der Europäischen Union eingebettet bliebe. Dr. Schoof sprach sich zwar für spezielle Regeln für die Eurozone aus, forderte allerdings, dass die Mitgliedstaaten, die noch nicht den Euro eingeführt hätten, bereits in den Plänen und Reformvorhaben ‚mitgedacht‘ würden. Es sei essenziell, dass das Vertrauen dieser Mitgliedstaaten in die unbeschadete Funktionsweise des einheitlichen Binnenmarktes erhalten bliebe. Darüber hinaus dürfe ihrem Euro-Beitritt zu einem späteren Zeitpunkt nichts im Wege stehe. Dabei habe die Gemeinschaftsmethode auch aus deutscher Sicht Priorität. Die Debatte um die sogenannte Unionsmethode sei idealisiert gewesen. Hierbei handele es sich lediglich um einen pragmatischen Ansatz, um Entscheidungen, falls nicht anders möglich, mit verstärkt intergouvernementalen Mitteln herbeizuführen. Deutschland verstehe sich in einem solchen Falle weiterhin als Anwalt für die mittleren und kleineren Mitgliedstaaten.



Doch die Europäische Union müsse nicht nur bei den Staaten für sich werben, sondern ebenfalls und besonders die Bürger Europas für die europäische Sache gewinnen. Dies sei besonders im Hinblick auf die Europawahlen im Mai 2014 und dem wachsenden Euroskeptizismus wichtig. Dr. Schoof identifizierte die Tatsache, dass das Fundament für die europäische Integration die historische Lösung zur Friedenssicherung in Europa darstelle und ein solches Europabewusstsein der jüngeren Generation fehle, als Grundproblem. Es handele sich demnach um ein Problem der ‚Output-Legitimität‘. Die EU müsse deutlich machen, dass sie die sozialen Folgen der Krise, wie die hohe Jugendarbeitslosigkeit, ernst nehme und den europäischen Beitrag zur Problemlösung deutlicher kommunizieren. Allerdings seien die Prozeduren der europäischen Gesetzgebung zu komplex, um von der breiteren Öffentlichkeit verstanden zu werden. Hier habe der Vertrag von Lissabon nicht die erhofften Verbesserungen gebracht. Es gelte deshalb weiterhin, die Bürger zu erreichen und sie davon zu überzeugen, dass die EU kein Elitenprojekt sei.

Zum Schluss wandte sich Dr. Schoof der europäischen Außenpolitik und dem Gipfel der Östlichen Partnerschaft in Vilnius zu. Die Entscheidung der Ukraine, dass Assoziierungsabkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen, sei aufgrund des Drucks von Russland als nicht rational begründet einzuschätzen. Damit seien die Beziehungen mit der Ukraine jedoch nicht als gescheitert zu bezeichnen. Dies lasse sich an der massiven Mobilisierung in Kiews Straßen

erkennen. Der Gipfel in Vilnius habe gezeigt, dass man im Rahmen der Östlichen Partnerschaft nicht gegen bzw. nicht ohne Russland agieren könne. Wenn Russland die Östliche Partnerschaft als Bedrohung ansehe, dann müssten die Ziele, die die EU mit dieser Partnerschaft verfolge, besser vermittelt werden.

Zum Abschluss des Eröffnungsplenums stützte der stellvertretende Staatssekretär im ungarischen Außenministerium, Herr Gergely Pröhle, seine Grußworte auf die Feststellung, dass sowohl Deutschland als auch Ungarn im vergangenen Jahrzehnt sowohl Fortschritte als auch Rückschritte erlebt hätten. Deutschland verbuche heutzutage einen sehr hohen Exportüberschuss und müsse sich mit der Problematik der Integration von Einwanderern befassen. Ungarn habe die Staatsverschuldung abgebaut. Gleichzeitig habe das Land weniger Kohäsion in der Zivilgesellschaft und ein Problem mit Rechtsradikalismus. Dieser Trend scheine sich noch weiterzuentwickeln, was unter anderem von Deutschland scharf kritisiert würde.

Pröhle diagnostizierte in Ungarn aber auch in der EU weniger einen Euroskeptizismus als einen Euro-Realismus. Klare Kriterien für nationale Reformen seien erforderlich, die von den Bürgern insbesondere dem Steuerzahler nachempfunden werden könnten. Pröhle verwies dabei auf die vielen Schritte die in Ungarn unternommen würden, um das ungarische Wirtschaftsklima zu verbessern sowie Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen. Hinsichtlich der Haushaltskonsolidierung habe Ungarn Bestrebungen unternommen, das Haushaltsdefizit zu reduzieren und eine Schuldenbremse mit der viel kritisierten 4. Verfassungsreform etabliert.



Abschließend unterstrich Pröhle die Deutsch-Ungarische Verbundenheit und verwies auf das Jahr 2014, welches wegen seiner Jubiläen und insbesondere dem 25. Jahrestag des Falls des Eisernen Vorhangs sowohl für Deutschland als auch für Ungarn ein besonderes sei. Er betonte die Wichtigkeit solche Jubiläen zu feiern, um Geschichte erlebbar zu machen und sie gleichzeitig mit zukunftsweisenden Inhalten zu füllen.

Plenardiskussion: Die Zukunft der Europäischen Union aus deutscher und ungarischer Perspektive – Bestandsaufnahme und Ausblick

Die Plenardiskussion wurde von Prof. Dr. Jopp, Direktor des IEP, und Prof. Dr. Peter Balázs, Ko-Präsident des Deutsch-Ungarischen Forums, ehemaliger Außenminister von Ungarn und Vizepräsident des Ungarischen Rates der Europäischen Bewegung, geleitet. Zentrale Themen der Diskussion waren die Krise in der Eurozone, die Problematik der Gewährleistung der Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien in einem EU Mitgliedstaat sowie institutionelle Fragen der EU.



Prof. Dr. Kroó, Präsident des Ungarischen Rates der Europäischen Bewegung und Vizepräsident der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, ließ in seinem Vortrag die Geschichte Europas, bestehend aus Kriegen und Revolutionen, Revue passieren und betonte dabei die Verantwortung Europas für die Welt. Die einzelnen euro-

päischen Länder seien zwar zu klein, um die Probleme der Welt zu lösen, zusammen könne man jedoch einiges erreichen. Anhand des Beispiels der European Physical Society verwies Prof. Dr. Kroó darüber hinaus auf die Vorreiterrolle der Wissenschaft für Europas Integration. Diese ermögliche trotz der sprachlichen und kulturellen Unterschiede die Etablierung eines Gemeinschaftsgefühls durch die Verfolgung gemeinsamer Ziele: Exzellenz, Wettbewerb und Kooperation.

Dr. Barbara Lippert, Forschungsdirektorin der Stiftung Wissenschaft und Politik, erläuterte in ihrem Beitrag die Prinzipien der deutschen Europapolitik im Lichte der aktuellen Krise in der Eurozone. Zurzeit gäbe es zwei mögliche Optionen, um Reformen innerhalb der Europäischen Union durchzuführen. Eine Option stellten die durch Nationalstaaten dominierten und demnach intergouvernemental geprägten Entscheidungen dar. Die andere Option sei ein qualitativer Schritt der Kompetenzübertragung von der nationalen auf die europäische Ebene. Dies würde jedoch die Notwendigkeit neuer Verträge vorzugsweise mit allen 28 EU-Mitgliedstaaten implizieren. Die deutsche Europapolitik tendiere aktuell zur ersten Option und unterstütze im Rahmen des Krisenmanagements verstärkt Formen der intergouvernementalen Kooperation. Demnach könne die Gemeinschaftsmethode nicht mehr als erste Wahl gel-

ten und man suche zunächst lieber nach kurzfristigen Lösungen von Problemen und orientiere sich an dem, was durchsetzungsfähig sei. So sei es auch nicht verwunderlich, dass sich im neuen Koalitionsvertrag kein Hinweis auf ein Eurozonen-Budget finde, ebenso wenig auf eine europäische Arbeitslosenversicherung oder eine Vergemeinschaftung von Schulden. Dies verwässere die Wirtschafts- und Währungsunion, die größerer Schritte bedürfe, um ihren „Output“ zu erhöhen. Eine Reform finde aktuell keine Mehrheit und sei somit nicht durchsetzbar. Ähnliches ließe sich über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sagen, die durch ihren ‚eingefrorenen Intergouvernementalismus‘ keine Ambitionen mehr habe.

Dr. Lippert warf die Frage auf, ob dieser Trend hin zu regelbasierter, regierungsorientierter und pragmatischer Kooperation eine Bedrohung für die europäische Integration und deren Einheit darstelle. Die aktuelle Krise habe zu einer weiteren Differenzierung geführt. Die strukturelle und institutionelle Abkopplung der Eurozone einerseits und der drohende Austritt Großbritanniens aus der EU andererseits hätten Fragen nach einer möglichen Spaltung der EU und entsprechenden Handlungsnotwendigkeiten und –möglichkeiten aufgeworfen. Dr. Lippert sprach sich in diesem Zusammenhang für die differenzierte Integration von inklusivem Charakter aus, um die Effektivität der europäischen Integration zu wahren. Deutschland, das kein Interesse an einer Spaltung der EU habe und haben könne, müsse in einem Europa der mehreren Geschwindigkeiten eine Rolle als Brückenbauer zwischen kleinen und großen Mitgliedstaaten sowie den Mitgliedstaaten der Eurozone und den Mitgliedstaaten außerhalb der Eurozone einnehmen.

Desweiteren stelle sich in einer Zeit, die von krisengetriebener Politik durch die Exekutive geprägt sei, die Demokratiefrage. Den nationalen Institutionen würde schließlich das Vertrauen entzogen und EU-feindliche bzw. –skeptische Positionen erreichen nun die Mitte der Gesellschaft. Die Stärkung der Demokratie in Europa und in den EU Mitgliedstaaten sei daher essentiell. Dr. Lippert verwies auf das Kopenhagen-Dilemma und forderte neue Möglichkeiten, um die Einhaltung der Grundwerte innerhalb der EU sicherzustellen, da die Anwendung von Artikel 7 EUV nicht von allen EU-Mitgliedstaaten befürwortet werden würde. Ein politischer Dialog sei notwendig, um den inhaltlichen Kern des normativen Acquis der EU sowie die notwendigen Modalitäten für dessen Einhaltung zu definieren.

József Szájer, Mitglied des Europäischen Parlaments und stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei, will die Krise in der Eurozone nicht nur als eine wirtschaftliche verstanden wissen. Nach ihrer Überwindung könne es nicht so weitergehen wie

vorher, es müsse anders werden und neue Methoden und Instrumente, die es noch zu erfinden gelte, sollten dies sicherstellen. Ungarn habe beispielsweise durch Reformen und neue Instrumente seinen Innovationsgeist und seine Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Dies müsse auch die EU tun. Szájer, der maßgeblich an der Ausarbeitung der neuen ungarischen Verfassung beteiligt war, machte auf die kulturellen Unterschiede zwischen dem ungarischen und dem deutschen Rechtssystem aufmerksam und erklärte die Kritik der Venedig-Kommission an der neuen Verfassung unter anderem mit diesen Unterschieden. Die Kommission hätte aus Personen bestanden, die das ungarische System nicht gekannt hätten und deswegen zu ihrer Kritik gekommen seien. Abschließend betonte József Szájer, dass die Unterstützung durch die Bevölkerung für die europäische Sache nur zu gewinnen sei, wenn das Projekt ‚Europäische Union‘ für den Bürger durch richtige Vermittlung nachvollziehbar sei.

Michael Roth, europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, betonte, dass Europa mehr als die Krise in der Eurozone sei. Der Koalitionsvertrag zeige einen neuen Weg für Europa auf, bei dem die Konsolidierung der Staatshaushalte weiterhin wichtig sei. Nur so ließen sich aktuelle Herausforderungen wie die Jugendarbeitslosigkeit erfolgreich überwinden. Deutschland müsse hierbei eine solidarische Führungsrolle übernehmen, es sei wichtig, sich um Partner zu bemühen. Roth sprach sich für mehr Gemeinschaft und weniger Intergouvernementalismus aus. Er unterstrich die Bedeutung der Werte für die EU und ihre daraus resultierende Pflicht zur Einmischung in die europäischen Mitgliedsstaaten. Europa könne nicht von der Welt die Einhaltung von Werten verlangen, wenn es selbst innerhalb seines Territoriums dieser Verpflichtung nicht nachkomme. Hierfür müsse es ein Verfahren geben, welches die Grundrechte in ganz Europa prüfe. Abschließend ging Roth noch auf die Europäische Nachbarschaftspolitik ein. Er stellte fest, dass Beitrittsperspektiven keine Stabilität mehr schafften – siehe Ukraine und Moldau – dennoch müsse man diese Staaten an die EU binden. Auch in der EU-Flüchtlingspolitik müsse ein Umdenken stattfinden. Er forderte mehr Solidarität zwischen den EU-Staaten und eine wahre europäische Entwicklungspolitik. Allgemein stünde weniger ein ‚mehr‘ an Europa als ein ‚besseres‘ Europa zur Debatte.

Ansprachen der Botschafter



Während des Dinner-Buffets auf Einladung des ungarischen Botschafters in Berlin hielten die Botschafter Deutschlands in Ungarn, Dr. József Czukor, und Ungarns in Deutschland, Dr. Matei I. Hoffmann, jeweils eine kurze Ansprache.

Arbeitsgruppe I: Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und duale Ausbildung: Deutsche und ungarische Perspektiven

Die erste Arbeitsgruppe unter der Leitung von Gabriel Brennauer, geschäftsführender Vorstand der Deutsch-Ungarischen Industrie und Handelskammer in Budapest, und Dr. László Parragh, Präsident der ungarischen Industrie- und Handelskammer in Budapest, beschäftigte sich mit deutschen und ungarischen Perspektiven zu Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und dualer Ausbildung. Beiträge lieferten Jürgen Grunert, kaufmännischer Direktor der IT Services Hungary Kft / T-Systems, Levente Szabó, CEO der Takarekbank, Dr. Joachim Volz vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin und Prof. Dr. Béla Tomka von der Universität Szeged. Betont wurde die enge wirtschaftliche Verflechtung zwischen Deutschland und Ungarn, insbesondere mit Blick auf das beachtliche Engagement deutscher Unternehmen in Ungarn, welches etwa 25 Prozent des ausländischen Investitionsvolumens im Land ausmache.



Die derzeitigen wirtschaftlichen Perspektiven Ungarns wurden von den Teilnehmern unterschiedlich beurteilt. Einerseits wurden erste Anzeichen einer Wachstumswende ausgemacht. Ungarn liege mit einem BIP-Wachstum von 0.8 Prozent im dritten Quartal dieses Jahres bzw. 1 Prozent im ganzjährigen Vergleich in der EU

an fünfter Stelle. Dies sei vor allem durch die Landwirtschaft, den starken Exportsektor und

das Produktionswachstum insbesondere in der Automobilindustrie begründet. Zudem sei die Inflation stabil, die Arbeitslosigkeit tendenziell rückläufig, der Haushalt ausgeglichen und das Bankensystem laut Stresstests der EU in einem guten Zustand. Andererseits wurde für die ungarische Wirtschaft eine Entwicklungsnotwendigkeit ausgemacht. Nach einer Phase der Konvergenz sei es nach 2005 in Ungarn weitgehend zu einer wirtschaftlichen Stagnation gekommen, die trotz der oben genannten ersten positiven Anzeichen noch immer dringende Reformen erforderlich mache.

Einig waren sich die Teilnehmer, dass es für die ungarische Wirtschaft Verbesserungsmöglichkeiten gebe. Die Steuerlast müsse gesenkt und die Bürokratie abgebaut werden sowie mehr in Humankapital, insbesondere in Forschung, Entwicklung und in (universitäre) Bildung investiert werden. Diesbezüglich wurde auch das duale Ausbildungssystem nach deutschem Vorbild diskutiert. Zwar gebe es einige enge Verbindungen zwischen Unternehmen und Universitäten, beispielsweise zwischen dem IT-Dienstleister und Tochterunternehmen der Deutschen Telekom IT Services Hungary und der Universität Debrecen. Allerdings, so waren sich die Teilnehmer weitgehend einig, fehlten noch die Rahmenbedingungen, um die duale Ausbildung für die Unternehmen attraktiv zu machen.

Kontrovers diskutiert wurde der Reformbedarf in den Bereichen Berechenbarkeit, Rechtsstaatlichkeit und Transparenz. Während einige Teilnehmer die Verletzung von Eigentumsrechten anprangerten und die Reformen der jetzigen Regierung zur Steuereintreibung und Zerschlagung der Monopole als unzureichend kritisierten, hielten andere dagegen, dass die Umgestaltung der ungarischen Wirtschaft einer klar umrissenen Logik folge, die die Berechenbarkeit der ungarischen Wirtschaftspolitik gewährleiste. Die ungarische Regierung sei demnach bestrebt, die für die ungarische Wirtschaft strategisch wichtigen Sektoren wie Energie und Telekommunikation gegenüber ausländischen Monopolsituationen zu schützen.

In der Diskussion wurde hervorgehoben, dass Deutschland aufgrund der Erfahrung eines Systemwechsels im eigenen Land im Zuge der Wende ein einzigartiges Verständnis für die Situation in Ungarn aufbringe und auch aus diesem Grund ein besonderer wirtschaftlicher Partner für Ungarn bleibe.

Arbeitsgruppe II: Die Rolle regionaler Kooperationen für die Zukunft Europas

In der zweiten Arbeitsgruppe unter der Leitung von Prof. Dr. Mathias Jopp, Direktor des IEP, und Prof. Dr. Ellen Bos, Leiterin des Donau-Instituts für Interdisziplinäre Forschung der Andrassy Universität Budapest, diskutierten die Teilnehmer über den Nutzen und den Mehrwert von regionalen Kooperationen. Dabei diente die Visegrád-Gruppe als positives Beispiel, in der sich neben Polen, Tschechien und der Slowakei auch Ungarn befindet. Frau Szilágyiné Bátorfi, stellvertretende Abteilungsleiterin der Visegrád-Koordination im ungarischen Außenministerium, berichtete, dass innerhalb der Staatengruppe eine rege Kooperation in den Bereichen Energie, Forschung und Transport stattfindet. So ist beispielsweise der gemeinsame Bau einer neuen Autobahn zwischen Polen und Ungarn geplant. Außerdem würden sich die Regierungen der vier Länder auch bei Abstimmungen im Europäischen Rat untereinander absprechen, um auf diese Weise ihren gemeinsamen Interessen mehr Kraft zu verleihen. Insgesamt wurde der Nutzen dieser regionalen Kooperation für die beteiligten Staaten betont. In diesem Sinne wurde auch angeregt, die Visegrád-Gruppe aufgrund ihres Erfolgs in Zukunft als Exportmodell für andere regionale Kooperationen in Europa zu nutzen.



Dr. Gerhard Sabathil, Direktor des Europäischen Auswärtigen Dienstes in Brüssel, merkte an, dass sich die EU besonders für regionale Kooperationen anbiete, da die Anzahl ihrer Mitgliedstaaten im Verhältnis zu ihrer Größe relativ hoch sei. Regionale Kooperationen wie die Visegrád-Gruppe sollten weiter vorangetrieben werden, so dass

sie für weitere kleinere Staaten als Sprungbrett dienen können. Dementsprechend sei es sinnvoll, Länder wie Kroatien und Slowenien in die Visegrád-Gruppe aufzunehmen. Frau Bátorfi machte daraufhin deutlich, dass es zwar Kooperationen zwischen den Visegrád-Mitgliedern und Drittstaaten gebe, dass diese aber lediglich auf bestimmte Bereiche beschränkt seien und dass eine Erweiterung der Visegrád-Gruppe momentan nicht vorgesehen sei. Sie fügte an, dass sich die Gruppe jedoch definitiv für eine Erweiterung der EU einsetze. Der Beitritt Kroatiens sei ein großer Erfolg gewesen, jetzt dürfe die EU nicht locker lassen, sondern den Erweiterungsprozess als wichtigen Bestandteil ihrer Außenpolitik beibehalten.

Als ein weiteres Beispiel für regionale Kooperation in Europa wurde die Donaustrategie angeführt. Nachdem in der Runde bemängelt worden war, dass diese zwar ambitioniert gestartet, in letzter Zeit aber wenig von ihr zu hören gewesen sei, wies Frau Prof. Dr. Ellen Bos darauf hin, dass die Donaustrategie sehr wohl aktiv sei. Jedoch fänden die Aktivitäten mehr auf der unteren Ebene statt, wie zum Beispiel im Bereich der Städtepartnerschaften, wo die Erfolge erst später sichtbar würden. Wie auch die Visegrád-Gruppe sei die Donaustrategie ein Modell für die Zukunft. Wichtig für erfolgreiche regionale Kooperationen sei es, dass die Initiativen dazu von Unten kämen. Das bedeute, dass die Regionen selbst ihre Bedürfnisse artikulierten und den ersten Anstoß gäben (Bottom-up) und dass nicht die EU die Initiatorin sei (Top-down).

Dieser Meinung schloss sich auch Herr Michael Stübgen, europapolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, an. Visegrád und die Donaustrategie seien die besten Beispiele dafür, dass im Bereich der regionalen Kooperation das Bottom-up-Modell der bessere Weg sei. Des Weiteren war er der Meinung, dass der Ausschuss der Regionen der EU ausgebaut werden müsse. Dieser müsse die Sichtbarkeit seiner Arbeit erhöhen und mehr Output präsentieren. Die Unterstützung der EU für die Regionen solle dort ansetzen, wo die Regionen schwach seien.

Letztlich wurde darüber diskutiert inwiefern regionale Kooperationen nützlich sein können für das Schaffen von Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sowie das Aufarbeiten und Beilegen von Konflikten. Bezüglich der Konflikte wurde darauf hingewiesen, dass es im Falle der Visegrád-Gruppe Bemühungen gebe, um historische Konflikte zwischen einigen der Mitgliedsstaaten aufzuarbeiten. So habe es schon einen Historiker-Kongress mit Teilnehmern aus Ungarn und der Tschechischen Republik gegeben. Allerdings sei der Handlungsbedarf auf diesem Gebiet nach wie vor sehr hoch. Es gehe darum, ein gemeinsames Verständnis und gegenseitige Empathie zu entwickeln.

Hinsichtlich der Schaffung von Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, wurde auch der zunehmende Rechtsextremismus in Europa diskutiert. Die Diskussionsteilnehmer kamen jedoch zu keinem abschließenden Ergebnis inwieweit im Rahmen regionaler Kooperationen gegen einen solchen Extremismus vorgegangen werden könne. Vielmehr wurde darauf verwiesen, dass dies ein gesamteuropäisches Problem sei, das sich durch die Wirtschaftskrise verstärkt habe. Um diesem Problem zu begegnen brauche es eine starke und geeinte EU, wel-

che die Ursachen identifiziere und eine positive Debatte darüber führe. Es wurde außerdem angemahnt den Rechtsextremismus nicht mit dem Euroskeptizismus gleichzusetzen.

Insgesamt stellte die Arbeitsgruppe den eindeutigen Nutzen von regionalen Kooperationen heraus. Diese seien unverzichtbar für die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU, weshalb ihr weiteres Entstehen seitens der EU gefördert werden sollte. Gleichzeitig sei es jedoch unverzichtbar, dass auch die Regionen selbst die Initiative für solche Kooperationen ergriffen.

Arbeitsgruppe III: Junges Deutsch-Ungarisches Forum

Manuel Sarrazin, Mitglied des Bundestages, übernahm auch in diesem Jahr die Schirmherrschaft für das Junge Deutsch-Ungarische Forum. Zur Begrüßung der Teilnehmer zeigte er sich erfreut über die erneut rege Teilnahme am Jungen Forum und interessiert an den Themen der verschiedenen Diskussionsgruppen.

Die Diskussion der Teilnehmer fand im Format eines World Cafés statt. Die Teilnehmer konnten dabei zwei aus vier Themen zur Diskussion wählen: (1) Wege aus Krise und Jugendarbeitslosigkeit: Reformen und Solidarität in Europa (Leitung: Eva Rindfleisch, Konrad Adenauer Stiftung, Berlin); (2) Der Wert Europas (Leitung: Julian Plottka, IEP, Berlin); (3) Europäische Nachbarschaftspolitik (Leitung: Dr. Stefanie Elies, Friedrich Ebert Stiftung, Berlin); (4) Informationelle Selbstbestimmung zwischen Facebook und NSA (Leitung: Jörg Pohle, Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft, Berlin). Für die Diskussion standen jeweils 30 Minuten zur Verfügung bevor die Gruppen gewechselt wurden.



In der Diskussion „Wege aus Krise und Jugendarbeitslosigkeit: Reformen und Solidarität in Europa“ standen die Arbeitslosenquoten junger Menschen in den aktuellen Krisenländer im Mittelpunkt. Hierbei zeigte es sich, dass diese Zahlen aufgrund unterschiedlicher Berechnungen in den Medien häufig zu hoch angesetzt seien.

Als Gründe für die hohe Jugendarbeitslosigkeit wurde insbesondere die wirtschaftliche Lage in den Ländern vor der Krise identifiziert. In den südlichen Ländern Europas ermöglichte ein Boom in der Baubranche einen relativ hohen Verdienst bei geringer Ausbildung. Mit Ausbruch der Krise fehlt es den jüngeren daher an einer ausreichenden Bildung, um

in anderen Wirtschaftsbereichen Fußzufassen. Somit ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa, auch in anderen EU-Mitgliedstaaten, nicht allein durch die Krise sondern durch strukturelle Probleme im Arbeitsmarkt und bei der Mobilität der Arbeitnehmer bedingt.

In der Diskussionsrunde zum Thema „Der Wert Europas“ lag der Schwerpunkt der Debatte entgegengesetzt zu dem Trend in der öffentlichen Debatte, wo die materielle Dimension des Nutzens und der Kosten der europäischen Integration im Vordergrund stehen, auf dem immateriellen Wert, den Europa den Unionsbürger bietet. Die Teilnehmer unterstrichen aus Sicht der jüngeren Generation insbesondere den Wert der Freizügigkeit, die es den Bürger erlaubt, das europäische Projekt unmittelbar zu erfahren. Jedoch wurde angemerkt, dass diese Erfahrung nicht allen gleichermaßen zu Teil werde, sondern dass dieser Wert nahezu auf Studierende beschränkt sei. Dem könne mit einer Intensivierung der Austauschprogramme für Auszubildende und Schüler abgeholfen werden. Mit Blick auf weitere Vorteile, konstatierten die Diskutanten ein Wahrnehmungsproblem. Obwohl die Bürger beispielsweise als Reisende und Verbraucher durch das europäische Recht in den Genuss konkreter Vorteile kämen, sei ihnen der europäische Ursprung von diesem Recht meist nicht bewusst. Die entsprechenden Vorteile würden daher oft der nationalen Politik zugutegehalten. Die aktuelle Herausforderung sei, zuerst den bestehenden Wert der EU zu vermitteln, und dann, diesen weiter zu stärken.

Die Diskussionsgruppe „Europäische Nachbarschaftspolitik“ erörterte die Frage der Rolle der Europäischen Nachbarschaftspolitik und der Östlichen Partnerschaft für die Europäische Union. Dies wurde im Lichte dritter Akteure in der Region – hier vor allem Russland – und auch im Vergleich mit der Europäischen Erweiterungspolitik diskutiert. Auch die jungen Teilnehmer erkannten die Notwendigkeit Russlands als wichtigen Akteur in der Europäischen Nachbarschaftspolitik mitzudenken und debattierten verschiedene Optionen für eine solche Strategie. Ein besonderer Fokus der Diskussion stellten Überlegungen zu der Frage dar, welche Themen für die Jugend besonders relevant seien und welchen Beitrag sie selbst zu der Europäischen Nachbarschaftspolitik leisten könnten. Dr. Elies verwies auf die speziellen Förderprogramme der Europäischen Kommission für die Jugend und hier im Besonderen auf das „Eastern Partnership Youth Window“ und „Eastern Partnership Youth Forum“.

Die Gruppe „Informationelle Selbstbestimmung zwischen Facebook und NSA“ stand im Zeichen der aktuellen Entwicklungen um Datendiebstahl und dem Schutz der Privatsphäre. Jenseits des traditionellen Spannungsverhältnisses zwischen Sicherheit und Freiheit, wurde die globale Vernetzung als Ursache identifiziert. Insbesondere die Rechtsprechung und eine not-

wendige Internationalisierung von kontrollierenden Instanzen (z.B. Datenschutzbeauftragte, Verbraucherschützer) könnten mit den Entwicklungen des Internets nicht schritthalten. Hinsichtlich datenschutztechnischer Fragen wurden die Algorithmen von Google und den sozialen Netzwerken diskutiert. Darüber hinaus wurde der Frage nachgegangen, inwiefern man sein eigenes Nutzungsverhalten im Internet überdenken sollte, um die größtmögliche Datensicherheit zu gewährleisten. Trotz der aktuellen Lage und Bedenken im Zusammenhang mit dem Abhörskandal durch die NSA, sahen die meisten Teilnehmer jedoch keinen akuten Bedarf, ihr Nutzungsverhalten insbesondere hinsichtlich sozialer Netzwerke grundlegend zu verändern.

Schlussplenum zum Thema „Europa als Vision und Wertegemeinschaft“



Das Schlussplenum der 23. Jahrestagung des Deutsch-Ungarischen Forums wurde mit einem Vortrag des Europaabgeordneten Elmar Brok, Ko-Präsident des Deutsch-Ungarischen Forums und Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, eröffnet.

Er berichtete vom Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft in Vilnius, welches von der Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommens durch die Ukraine gekennzeichnet war. Brok verurteilte die Einmischung anderer Länder in die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine. Es müsse allein die Entscheidung der Ukraine sein, ob es eine Partnerschaft mit der EU eingehen wolle. Der Europaabgeordnete kritisierte jedoch auch die nicht existierende Russlandpolitik der EU. Nur wenn Europa einheitlich auftrete und mit einer Stimme spreche, könne sich Europa in der Welt durchsetzen. Und nur wenn sich eine gemeinsame europäische Verbraucherstimme bilde und sich gegen die Energiestimme Russlands erhebe, sei Gestaltung in diesem Bereich möglich. Abschließend kam Brok auf die Europawahlen 2014 zu sprechen. Es müsse den europäischen Bürgern deutlich gemacht werden, dass alle großen Probleme durch den Zusammenhalt der Europäer lösbar seien und dass Europa eine Schicksalsgemeinschaft sei, die solidarisch handeln müsse.

Im Anschluss an diese Ausführungen wurden die Ergebnisse der verschiedenen Arbeitsgruppen des Forums zusammengetragen. László Parragh, Präsident der ungarischen Industrie- und

Handelskammer, berichtete, dass in der Arbeitsgruppe I die Themen Wirtschaftspolitik und Bildung aus ungarischer und deutscher Perspektive besprochen wurden. Besondere Aufmerksamkeit habe dabei die Lage der kleineren und mittleren Unternehmen in Ungarn sowie das Risiko der Schwarzwirtschaft erhalten. Auch wurde auf die Notwendigkeit eines größeren Bruttoinlandsprodukts verwiesen, um wirkliche Veränderung in Ungarn anstoßen zu können.

Prof. Dr. Mathias Jopp, Direktor des IEP, berichtete aus der Arbeitsgruppe II zur Rolle regionaler Kooperationen für die Zukunft Europas. Hier wurde neben der Donaustrategie besonders die Visegrád-Gruppe besprochen, welche für die Kooperationen zwischen Ungarn, Tschechien, Slowakei und Polen eine wichtige Rolle gespielt habe. Die Visegrád-Gruppe mache sich in Europa für Erweiterungen sowie die Östliche Partnerschaft stark und sei ein Vorbild für weitere Kooperationen wie dem Mitteleuropäischen Freihandelsabkommen. Kontrovers wurde in der Arbeitsgruppe die Förderung der Kernkraft in der Visegrád-Gruppe besprochen sowie ihre Beziehungen zu China.

Die dritte Arbeitsgruppe debattierte als Junges Deutsch-Ungarisches Forum unter dem Vorsitz des Bundestagsabgeordneten Manuel Sarrazin und Dr. Funda Tekin vom Institut für Europäische Politik aktuelle europäische Themen. Die Themen Jugendarbeitslosigkeit, informationelle Selbstbestimmung in Zeiten von NSA und Facebook, die Europäische Nachbarschaftspolitik sowie der (Mehr)Wert Europas standen im Vordergrund. Manuel Sarrazin berichtete, dass besonders die Diskussion um den (Mehr)Wert Europas kontrovers geführt worden sei, da es diesbezüglich nicht nur zu unterschiedlichen Positionen zwischen Angehörigen der alten und neuen EU-Staaten gekommen sei, sondern auch zwischen den Generationen. Für viele jüngere Menschen, besonders aus den neuen EU-Staaten, spiele die Weltkriegs- bzw. Friedensrhetorik der EU keine gewichtige Rolle, da Europa für sie vielmehr wirtschaftliche Versprechungen mit sich bringe.

Für die Abschlussstatements aus den Parlamenten ergriffen die Abgeordneten Arnold Vaatz, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und György Csóti, Vorsitzender der Ungarisch-Deutschen Freundschaftsgruppe, das Wort. Arnold Vaatz forderte die EU auf, Ungarn mehr Anerkennung für bisher erbrachte Leistungen und Entwicklungen zu bringen. So wurden beispielsweise die Staatsverschuldung reduziert und die Finanzen konsolidiert. Auch nehme Ungarn das Problem der Integrationsnotwendigkeit der Roma-Minderheit ernst. Dies sei eine der Prioritäten der ungarischen Ratspräsidentschaft in 2011 gewesen und hätte schließlich sogar in eine EU-Strategie gemündet.

György Csóti hob in seinem Schlussstatement einerseits die Bedeutung der Geschichte für die Gegenwart und Zukunft Ungarns hervor und unterstrich andererseits die Bedeutung Deutschlands bei der Verwirklichung gemeinsamer Positionen. Besonders bei der Wasser- und Energiewirtschaft, dem Umweltschutz sowie hinsichtlich der Verbesserung der Infrastruktur im Zug- und Schiffsverkehr würden beide Länder zentrale Interessen verbinden. Deutschland bleibe somit auch in Zukunft Ungarns wichtigster Partner und müsse somit in die Arbeit der Visegrád-Gruppe mit einbezogen werden.

Abschlussansprache Kommissar Günther Oettinger



Aus aktuellem Anlass ging Kommissar Oettinger in seiner Abschlussansprache zunächst auf die Konferenz zur Östlichen Partnerschaft, das Scheitern des Assoziierungsabkommens mit Ungarn und in diesem Zusammenhang auf die Rolle Russlands ein. Der russische Prä-

sident Putin, der die Preisgabe ehemaliger Sowjetstaaten in die Selbstbestimmung als größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts bezeichnet habe, wolle diesen angeblichen Fehler mit Gasressourcen, Gaspreisen und Gaspipelines sowie durch Gründung einer Zollunion und der Eurasischen Union korrigieren. Von den Staaten der Östlichen Partnerschaft habe lediglich Aserbaidschan bislang den konditionalen Angeboten Putins widerstanden. Angesichts dieser Entwicklung mahnte Kommissar Oettinger eine bessere Governance auf europäischer Ebene an, damit Europas Völker ihren eigenen Weg gehen könnten und sich nicht zwischen Europa und Moskau entscheiden müssten. In diesem Zusammenhang hob Kommissar Oettinger die Rolle Ungarns hervor, das als erstes Land den eisernen Vorhang durchbrochen habe.

Kommissar Oettinger zeigte sich besorgt, dass Europa in Form der EU stetig an Popularität verliere. Zudem zeige der Koalitionsvertrag der Bundesregierung, in dem das Wort Europa praktisch nicht vorkomme, dass Deutschland sich zunehmend selbst genüge. Dabei sei die europäische Aufgabe der Friedenssicherung von unveränderter Bedeutung – gerade von einer bilateralen Partnerschaft wie der deutsch-ungarischen gehe der europäische Friedensgedanke aus. So seien regionale Kooperationen für die europäische Integration wichtig, denn Europa sei am Rhein gegründet worden und die Zukunft liege an der Donau. Die Sicherung und der Export der europäischen Werte seien aber nur mit einer gemeinsamen europäischen Stimme

möglich. Die Welt von morgen werde von den G2 (USA und China) bestimmt, wenn Europa als möglicher Dritter in diesem Bunde nicht lerne, mit einer Stimme zu sprechen.

Schlussworte und Einladung nach Budapest

In ihren Schlussworten betonten der Europaabgeordnete József Szájer, stellvertretender Vorsitzender der Europäischen Volkspartei, und Prof. Dr. Norbert Kroó, Präsident des Ungarischen Rates der Europäischen Bewegung und Vizepräsident der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, die Bedeutung des Dialogs und die Notwendigkeit der Weiterführung des Deutsch-Ungarischen Forums für die Zukunft. Der Dialog führe zur Selbstreflexion, welche angesichts der heutigen westlichen Nabelschau besonders notwendig sei, so Szájer. Herr Kroó verwies auf die unterschiedlichen aber produktiven Denkweisen, die innerhalb des Forums artikuliert wurden. Besonders an das Junge Deutsch-Ungarische Forum hege er Erwartungen, denn zukünftig müsse Europa für und von der Jugend getragen werden.